

Die Orgeesch.

* Im Vordergrund der innerpolitischen Erörterung Deutschlands steht die Organisation Escherich, die sogenannte Orgeesch. In der bayerischen Staatszeitung werden die Ziele und die Grundgedanken dieser Organisation objektiv dargestellt. Im März hatte bekanntlich in Berlin der Kapp-Putsch eingesezt. Die Einwohnerwehren des Nordens nahmen hierbei eine überaus schwankende Haltung ein. Einzelne Verbände neigten dazu, die Kapp-Regierung zu unterstützen, während andere sich wieder mehr nach der linken Seite hingezogen fühlten. Nur die Einwohnerwehr Bayerns hat getreu ihrem Grundsatz, sich in politische Dinge nicht einzumischen, den einzig richtigen Standpunkt vertreten und sich nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt. Im Laufe der Zeit kam es dann zu zahllosen Besprechungen des Leiters der bayerischen Einwohnerwehr, Forstrats Escherich, mit den Führern der Nordverbände und den Vertretern der Reichsregierung. Die bayr. Einwohnerwehren hatten in ganz Norddeutschland einen äußerst sympathischen Eindruck gemacht und dieser Umstand bewog Forstrat Escherich, die schwere Aufgabe zu übernehmen, alle jene Kreise, die auf dem Boden der Mitte stehen und den Bolschewismus bekämpfen, zusammenzuschließen. In einer Tagung zu Regensburg wurde sodann Escherich zum Führer der über das ganze deutsche Reich ausgebreiteten Organisation bestimmt. Ihre Programmpunkte sind folgende: 1. Die Sicherung der Verfassung; 2. der Schutz von Person, Arbeit und Eigentum; 3. die Erhaltung des Deutschen Reiches und Ablehnung jeglicher Abtrennungsbestrebungen und 4. die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- und Linksputsches. Die Führer der Einzelverbände im Deutschen Reich sind sämtliche durch Forstrat Escherich auf Ehrenwort mit Handschlag auf diese vier Punkte verpflichtet worden. Dadurch ist auch das beste Gegengewicht gegen einen Rechtsputsch geschaffen worden. Wenn überhaupt eine Organisation in diesem Augenblick ist, einen Rechtsputsch hintanzuhalten, so ist es die Orgeesch, denn sie steht unbedingt auf dem Boden der Mitte. Ueber den Aufbau der Orgeesch ist die Reichsregierung stets auf dem laufenden gehalten worden. Außerdem wurde auch mit den Führern der sämtlichen bürgerlichen Reichstagsparteien Verbindung gehalten. Von allen wurde die Organisation als das einzig mögliche Mittel begrüßt, Kräfte zu sammeln gegen den Bolschewismus und der Regierung ein Mittel in die Hand zu geben, um überhaupt regieren zu können. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die militärischen Kräfte, auf die sich die Reichsregierung stützen könnte, viel zu schwach sind.

Als der Aufbau der Orgeesch in den Grundzügen vollendet war, kamen die Verhandlungen von Spa und damit auch die Frage der Entwaffnung. Die Vertreter der Reichsregierung in Spa waren auf die Behandlung der Entwaffnungsfrage in keiner Weise vorbereitet. Wenn die Regierung fest gewesen wäre, so hätte sie nach der Ansicht des Forstrats Escherich die Selbstschußverbände retten können. Eine Folge von Spa war das Entwaffnungsgesetz, das in seiner ursprünglichen Fassung einen Ausnahmeparagraphen für die Selbstschußverbände enthielt, der jedoch von den Unabhängigen illusorisch gemacht wurde. Ein Schutzwall gegen die rote Flut, die an unserer Ostgrenze steht, war aber notwendig. Der großen roten Organisation muß eine gewaltige Weisse entgegengestellt werden. Gelingt dieses nicht, dann ist Deutschland verloren. Daran sollten auch jene Bürger denken, die bis heute teils aus Feigheit, teils aus Gleichgültigkeit den Selbstschußverbänden ferngeblieben sind. Sie sollen daran denken, daß das drohende Unglück am leichtesten dann abgewendet werden kann, wenn die Selbstschußverbände immer stärker und stärker werden. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß auch zahlreiche regierungstreue Sozialisten der Organisation angehören.

Die Organisation bezweckt nichts anderes als den Schutz der Arbeit, der Ruhe und der Ordnung. So gut es den Noten erlaubt ist, sich zu organisieren, so gut muß auch das Mittel der Orgeesch erlaubt sein. Die Linksrabikalen fallen nun mit allen erdenklichen Lügen über die Orgeesch her, weil sie wissen, daß es sich um eine sehr starke Organisation handelt, die die Zukunft noch stärker machen wird. Die Rabikalen erblicken in der Orgeesch ihren gefährlichsten Gegner. Im Kampfe gegen den Bolschewismus sind wir allein. Die Entente hat nur das Interesse, Deutschland zu vernichten. Wenn der Bolschewismus Deutschland zu einer Wüste macht, dann ist Frankreich und England befreit. Das einseitige Bürgertum, das für den friedlichen Aufbau und für Ordnung eintritt, muß die Orgeesch unterstützen. Die preussische Regierung hat nun eine veränderte Stellung gegen die Orgeesch eingenommen. In der letzten preussischen Ka-

binettsitzung hat Minister Severing seinen Standpunkt dahin präzisiert, daß die Orgeesch eine geschwindige Organisation sei, die in Preußen verboten werden müsse. Er hat deshalb einen Erlaß an alle Oberpräsidenten gerichtet, worin er sie auffordert, in allen Provinzen die Orgeesch zu verbieten. In Norddeutschland herrscht infolge dieser Vorgänge große Erregung in den Verbänden der Orgeesch.

* Berlin, 17. Aug. In der gestrigen Kabinettsitzung machte, laut „B. Tgbl.“, der preussische Minister des Innern, Severing, längere Ausführungen über die „Orgeesch“ und rechte fertigte das Vorgehen des Oberpräsidenten Hörning. Da die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz nicht bestätigt seien, so entstehe ein Vakuum, das seiner Ansicht nach nur durch entschlossenes selbständiges Eingreifen der Einzelbehörden aufgehoben werden könne. In den Händen der der „Orgeesch“ angeschlossenen Vereinigungen befinden sich bereits so große Mengen von Waffen, daß nur energisches Vorgehen einen Erfolg gewährleisten könnte.

Frankfurt a. M., 18. Aug. Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat für den Bereich der Provinz Hessen-Nassau sämtliche Orgeesch-Organisationen, sowie die Organisation „Jungdeutscher Orden“ verboten.

Zur Lage im Osten.

Der polnische Gegenstoß.

Königsberg, 18. Aug. Die Eisenbahnlinie Deutsch-Eylau—Thorn überschreitend haben bolschewistische Truppen Lessen und Nehden erreicht. Südlich von Bischofswerder ist russische Kavallerie eingetroffen. Graudenz wird mit Hilfe der Zivilbevölkerung schnelligst armiert. Der Bahnhof Wlozlawel liegt unter russischem Artilleriefeuer. Südwestlich von Siechanow ist der Entlastungsstoß des polnischen Nordflügels zum Stehen gebracht. Siechanow ist in den Händen der Bolschewisten. An der Nordostfront von Modlin und der Ostfront von Warschau halten starke bolschewistische Angriffe an. Der Gegenstoß des polnischen Zentrums auf der Linie Warschau—Zwangorod und der Stoß nördlich des Oberlaufes der Weipz gewinnen an Boden. Kämpfe bei Nowominsk, nördlich von Belechow und bei Lutow. An der Südfront örtliche Kampfhandlungen.

Kopenhagen, 17. Aug. Einem Warschauer Telegramm zufolge meldet der polnische Heeresbericht: Im Bugal haben die Polen bedeutende Fortschritte gemacht und dem Feind ernste Verluste zugefügt. Ebenso haben sie wichtige Stellungen erobert. Die Bolschewisten, die den Bug zwischen Hrubieszow und Wlodawa überschritten hatten, wurden auf das rechte Ufer des Flusses zurückgeworfen. Der polnische linke Flügel hat einen erfolgreichen Angriff in der Richtung auf Mawa unternommen. Südlich des Unterlaufes des Bug wurden feindliche Angriffe mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen.

* Berlin, 19. Aug. Ueber den russischen Vormarsch auf Graudenz wird der „Voss. Ztg.“ aus Deutsch-Eylau geschrieben: Der polnische Korridor von Strassburg bis Deutsch-Eylau ist von polnischen Truppen frei. Auf dem linken Flügel rückt eine starke Kavalleriemasse gegen Thorn vor und es läßt sich erwarten, daß vielleicht bedeutend südlicher ein Uebergang über die Weichsel versucht wird. Der rechte Flügel kämpft augenblicklich vor dem Eisenbahnnotenpunkt Gostershausen. Der Nordteil von Bischofswerder ist noch von starken polnischen Truppen besetzt. Nachdem die polnischen Grenztruppen zurückgezogen waren, haben einige deutsche Bürger aus der deutschen Stadt Bischofswerder die Grenze überschritten, wo sie von einem polnischen Panzerzug überrascht wurden, der sie beschloß und einen Teil von ihnen faßte. Im allgemeinen ist die Lage vor Graudenz für die Russen günstig.

Berlin, 18. Aug. Nach den in Danzig eingehenden Meldungen scheint es tatsächlich den Polen in dem Kampf um Warschau etwas besser zu gehen. Auf jeden Fall, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sind die gegenwärtigen polnischen Erfolge schon jetzt als eine sehr fühlbare Entlastung nicht nur Warschaws, sondern des gesamten polnischen Nordflügels anzusprechen.

* London, 17. Aug. Amtliche Kreise in London haben eine Bestätigung der Meldung von dem Fall Warschaws nicht erhalten. Im Gegenteil bejagen die letzten Telegramme der interalliierten Kommission in Polen vom 16. d. Mts., daß die 1. polnische Widerstandslinie wieder hergestellt ist und daß eine polnische Gegenoffensive im Südosten begonnen hat. Die Bolschewisten an der Südfront sollen sich in aller Eile zurückziehen.

Paris, 18. Aug. Havas meldet: Die aus Polen kommenden Nachrichten über die Lage in Polen sind beruhigend. Die zur Entlastung der Stadt Graudenz unternommene Gegenoffensive ist geglückt. Die Verbindung mit Danzig ist nicht mehr bedroht und die Züge können bis Strassburg fahren. Die aus Thorn eingetroffenen polnischen Truppen haben gegen Osten hin weitere Fortschritte gemacht.

Nach diesen Nachrichten hat sich die Lage für die Polen etwas gebessert. Insbesondere hat der polnische Gegenstoß im Zentrum auf die Linie Warschau—Zwangorod weiteren Boden gewonnen; dagegen ist der Entlastungsstoß des polnischen Nordflügels von den Bolschewisten zum Stehen gebracht worden, die hauptsächlich im Korridor ihren Vormarsch fortsetzen könnten.

Öffentliche Friedensverhandlungen.

* London, 19. Aug. Der Korrespondent des „Daily Herald“ in Warschau telegraphiert seinem Blatt: Danischlowitz, der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, erklärte, sämtliche Zusammenkünfte der Friedenskonferenz werden öffentlich stattfinden. Wir beabsichtigen nicht eine Politik des Geheimhaltens und des Zwanges, wie sie in Versailles befolgt wurde, nachzuahmen. Wir werden aufmerksam auf alle polnischen Argumente hören und wenn wir auch hoffen, daß die bereits veröffentlichten Bedingungen Annahme finden werden, so beabsichtigen wir doch, ehrlich gemeinte Annäherungsvorschläge nicht abzulehnen. Rußland wünscht aufrichtig Frieden und wird sein Bestes tun, um ein Mißlingen der Konferenz zu vermeiden. Die allgemeine Grundlage der russischen Politik ist: vollständige Anerkennung von Polens Souveränität und Unabhängigkeit.

Russische Rundgebung.

* Moskau, 19. Aug. In einer Rundgebung Tschitscherins heißt es: Die Pläne der Entente, auf Sowjetrußland einen Ueberfall zu organisieren, sind vollständig zusammengebrochen. Die englischen Arbeiter haben beschlossen, nicht zum Krieg zu verhindern, sondern vor nichts zurückzuschrecken, um die Aufhebung der Blockade und die Anerkennung der Sowjetregierung zu erreichen. Die bayerischen Eisenbahner haben beschlossen, keine Ausrüstung für Polen durchzulassen. Die Tschecho-Slowaken, Südslawen und sogar Amerika haben die Hilfe für Polen abgelehnt. Italien hat sich in bezug auf die russisch-polnische Frage von Frankreich und England losgelöst. Rumänien beabsichtigt nicht, gegen uns Krieg zu führen. Trotzdem konzentriert die Entente Truppen für Polen auf den nach Galizien führenden Bahnstrecken.

Neutralitätsverletzung der interall. Kommission.

Deuthen, 18. Aug. Die interalliierte Kommission für Oberschlesien hat folgende Bekanntmachung erlassen: Von verschiedenen Seiten hat man das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die interalliierte Kommission an Polen während der jetzigen schwierigen Lage Waffenhilfe zu leisten beabsichtige. Man hat sogar behauptet, daß Truppenbewegungen zu diesem Zweck begonnen hätten. Das ist durchaus falsch. Diesem Tendenzbericht zufolge sind große Protestversammlungen einberufen worden gegen eine Handlung, die die Kommission nie unternommen hat und nicht einmal zu unternehmen beabsichtigt. Damit kann nur eine Stärkung des amtlichen Dienstes und die Verwirrung des öffentlichen Lebens und Rechtes erzielt werden. Eine solche Agitation führt zu nichts. Sie kann nur den Heßern dienen, die die allgemeine Ruhe stören wollen, ohne sich um die Wohlfahrt des Lebens zu kümmern.

Berlin, 18. Aug. Wie das B.L.B. aus zuverlässiger Quelle erfährt, steht die deutsche Regierung seit mehreren Tagen mit der interalliierten Kommission in Oppeln in Verhandlungen über die Wahrung der Neutralität im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Die interalliierte Kommission hat versichert, daß sie etwa die Grenze überschreitenden Truppen der Kriegführenden entwaffnen und internieren würde und daß sie auch jede Unterstützung der kriegführenden Mächte aus dem Abstimmungsgebiet heraus oder durch das Abstimmungsgebiet hindurch, zum Beispiel durch Zufuhr von Munition, Rekrutierung usw., verhindern würde.

Kattowitz, 18. Aug. Die interalliierte Regierungs- und Plebiszitatskommission in Oppeln hat den verstärkten Belagerungszustand über die Stadt Kattowitz verhängt.

* Moskau, 17. Aug. (Durch Funknach.) Der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, erhielt einen Funkpruch, in dem die rumänische Regierung mitteilt, daß die englische Regierung den Vorschlag machte, die Bedingungen des Friedens zwischen Rußland und den Randstaaten in London zu betonen.

und so den tödlichen Schicksal des jungen...

am 16. Aug. (U... des Gottlob... des einige Steine... Fünfer so un... ärztlicher Hilfe... zungen starb. Der... in Heidenheim... bei der Groß...

ne Spende... hat der hie... dertmals den an... einen weiteren... Kirchenglocken und... Bedürftige der... an seine Hel... gezeitigt und der... in der Gemeinde

Calw. Calw. Calw. Calw.

19. ds. Mts.,

rt

anlagen

weißstein

1. — 50 Pfg.

ffen:

dermehl.

ständig am Lager.

Calw.

rt

über können zu jeder... gegeben werden.

Schnürle.

er Lieberkranz

Nächste Singstunde

Mittwoch, 19. August.

suchen

kapitalisten

inliche Häuser

er erbitten An... von Selbstgeheimern

Off. Verlag

furt in Schillerhof.

ochherd

gebrauchten

zu kaufen

meister Kirchherr.

ren

öbern

im

blatt

Sie habe die rumänische Regierung eingeladen, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Die rumänische Regierung habe sich damit einverstanden erklärt. Sie habe aber bis jetzt noch keine bestimmte Mitteilung darüber erhalten, ob solche Unterhandlungen begonnen haben.

Budapest, 17. Aug. Die ungarische Regierung erklärt den Sabas-Bericht über die geplante militärische Aktion gegen Rumänien für eine eigenmächtige Erfindung und als jeder Grundlage entbehrend.

Kowno, 17. Aug. Nach hier eingegangenen Meldungen erfolgten neue Verhaftungen Wilnaer Bürger durch die Bolschewisten. Sie werden beschuldigt, Spekulationen mit russischer Wä-Lita getrieben zu haben. Bei 35 Kaufleuten ist die Ursache der Verhaftung ungewiß. Bei litauischen Eisenbahnbeamten will man angeblich Waffen und fremdes Geld gefunden haben.

Kowno, 17. Aug. Nach dem Beschluß der Kommission der Nationalversammlung für die Staatsverfassung wird sich der litauische Staat in Zukunft „Demokratische Republik Litauen“ nennen.

Ausland.

Der Saarstreik.

Die Beamten und Arbeiter haben im Saargebiet die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Regierungskommission der Saarregierung erklärt hatte, nach Beendigung des Streiks in Verhandlungen eintreten zu wollen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet, scheinen aber bereits auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Es verlautet, daß die Saarregierung sich auf weitere Verhandlungen überhaupt nicht mehr einlasse. Namentlich will die Saarregierung davon nichts wissen, daß die staatlichen und städtischen Beamten mit den rechtsrheinischen Beamten gleichgestellt werden. Auch ist noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob die gestrichelten Redakteure wieder zurückkehren dürfen. Ob ein neuer Generalstreik ausbrechen wird, dürfte sich in Wälde entscheiden. Die Lage wird erneut als sehr ernst bezeichnet.

Saarbrücken, 17. Aug. In der vorgegangenen Nacht wurde der als Schreiber beim Landgericht beschäftigte 50 Jahre alte Julius Wolkert auf der Straße erschossen. Ueber den Täter ist noch nichts bekannt.

*

Wien, 17. Aug. Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Prag: Das 3. sibirische Legionärregiment marschierte gestern durch Brünn. Die ihm vorangetragene Fahne trug die Aufschrift: 3. kommunistisches tschechisches Regiment. Die Soldaten forderten, daß die Kapelle statt der Nationalhymne die Marxillustrie spiele.

Bern, 17. Aug. Der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, dessen Urlaubsaufenthalt in der Schweiz nur noch auf wenige Tage berechnet ist, hat Bern heute Nachmittag wieder verlassen.

Genf, 17. Aug. Der Staatsrat erhielt die offizielle Benachrichtigung, daß der Völkerbundrat gemäß dem Ersuchen des Präsidenten Wilson beschloffen habe, die erste Vollversammlung des Völkerbunds am 15. November, 11 Uhr vormittags, in Genf zu eröffnen. Diese Konferenz wird mehrere Wochen dauern und im Reformationsaal, der vom Staatsrat zur Verfügung des Generalsekretariats gestellt wird, sowie in den anschließenden kleineren Sälen abgehalten werden. Für die Hilfsdienste ist ein besonderes Gebäude in Aussicht genommen. Ueber den Ankauf des „Hotel National“ für die endgültige Einrichtung des Völkerbunds ist noch nichts beschlossen worden.

Berlin, 18. Aug. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird nach den neuerdings eingegangenen Nachrichten die Konferenz in Genf voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des September stattfinden.

(W.T.B.) London, 18. Aug. (Havas.) Der Völkerbund teilt mit, daß die schwedische Regierung vier Zusatzanträge zur Völkerbundtagung eingereicht habe zum Zweck ihrer Prüfung durch die Völkerbundsversammlung in Genf vom 15. November. Der erste Antrag sieht den Zusammentritt einer jährlichen Versammlung an einem bestimmten Datum vor, der zweite die Einberufung einer Sondertagung der Völkerbundsversammlung an irgend einem Datum auf Ersuchen von zehn Mitgliedern des Völkerbunds. Der dritte Antrag verlangt, daß die Pflicht der Anrufung des Schiedsgerichts erweitert wird. Der vierte Antrag schlägt die Abänderung der Wirtschaftsblokade vor.

*** Rotterdam, 19. Aug.** Der Generalsekretär des Völkerbunds hat ebenso wie an Deutschland auch an Oesterreich und Bulgarien Einladungen zur Brüsseler Finanzkonferenz ergehen lassen.

Paris, 17. Aug. Die Sommeression der Generalräte wurde gestern Abend eröffnet. Hauptgegenstand der Beratung bildeten die Fragen der Erfüllung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands und die Haltung Frankreichs in der russisch-polnischen Angelegenheit. Die Politik der Regierung wurde in verschiedenen Resolutionen und Adressen gebilligt.

(W.T.B.) London, 17. Aug. Lloyd George wird auf seiner morgen beginnenden Erholungsreise nach Luzern von seinem Sohn, seiner Tochter und Lord Riddell begleitet sein. Die Dauer seiner Abwesenheit von London ist wegen der Unsicherheit der Lage ungewiß. Der König und die Königin sind heute in Balmoral eingetroffen.

*** London, 17. Aug.** „Daily Express“ erzählt, daß in London wichtige, nichtoffizielle Besprechungen zwischen hochgestellten englischen und amerikanischen Amtspersonen über verschiedene schwebende Fragen stattgefunden haben. Die Amerikaner hätten versichert, daß Amerika nicht beiseite zu stehen wünsche, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Alliierten die Vorbehalte des Senats bezüglich des Versailles Vertrags annehmen würden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Schätzpreise für Fleisch und Wurstwaren.
Laut Mitteilung der Fleischverorgungsstelle sind gemäß Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Fleisch- und Wurstschätzpreise wie folgt festgesetzt worden:

1. Rindfleisch	M. 7.—	das Pfd.
2. Kalbfleisch	M. 7.—	„
3. Schweinefleisch	M. 9.60	„
4. Schaffleisch (für Bug, Schlegel, Rücken) für die übrigen Stücke	M. 8.20	„
5. Wurstwaren:		
a) Blutwurst	M. 2.10	„
b) Leberwurst	M. 3.80	„
c) roter Schwarzenmagen	M. 4.20	„
d) weißer Schwarzenmagen	M. 4.70	„
e) Schinkenwurst, angeraucht	M. 8.70	„
f) Schinkenwurst, hartgeraucht	M. 11.20	„
g) feine Streicheleberwurst	M. 8.20	„

Diese Preise treten mit dem 23. August 1920 in Kraft.
Oberamtmann G. S.

Oberamt Calw.

Verz.: Aufhebung der Seifenpulverrationierung.

Bei der Bewirtschaftung von Seife und Seifenpulver sind nunmehr die letzten Reste der Rationierung gemäß Reichs-Gesetzblatt Nr. 160 vom 30. Juli ds. Js. in Fortfall gekommen, indem künftig auch Seifenpulver ohne Marken bezogen werden kann.

Ebenso werden die Bezugsscheine, welche bisher bei Lieferung von Seife zu industriellen und gewerblichen Zwecken eingereicht werden mußten, für die Folgezeit aufgehoben.

Es bleibt lediglich zunächst noch die Bezugspflicht für das an Wäschereien und ähnliche gewerbliche Betriebe los- abzugebende Seifenpulver bestehen.

Die Herren Ortsvorsteher wollen die Einwohnererschaft in ordentlicher Weise hiervon in Kenntnis setzen.

Calw, den 13. August 1920. Oberamtmann: G. S.

(W.T.B.) Amsterdam, 17. August. Nach einer Meldung aus London ist der Postanweisungsverkehr zwischen England und Deutschland wiederhergestellt.

Rotterdam, 17. Aug. Laut Meldung des Nieuwe Rotterdamischen Courant aus London beschloß die Behörde in Ramsgate, trotz der feindlichen Kundgebungen ehemaliger Soldaten, die beiden im Hafen liegenden deutschen Schiffe mit Koks für Dänemark beladen zu lassen. Ein Teil des Hafens wurde mit Stacheldraht gesperrt, um Störungen zu verhindern.

(W.T.B.) London, 17. Aug. (Reuter.) In Ramsgate wurden um Mitternacht die zum Schutz der deutschen Schiffe aufgebauten Polizisten von der Menge mit Steinen und Flaschen beworfen. Mehrere Polizisten wurden verwundet. Die Polizei zerstreute die Menge.

Paris, 17. Aug. Havas berichtet aus Rom, der Unabhängigkeitserklärung von Fiume solle eine Volksabstimmung vorgehen, in der der feste Entschluß der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden soll.

Paris, 17. Aug. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Sofia ist von Seiten des Ministeriums eine Untersuchung darüber eingeleitet worden, welche Gründe das Kabinett Malinow i. Zt. verhindert haben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

Bagdad, 17. Aug. Die Lage in Mesopotamien verschlimmert sich immer mehr. Die Stadt Hilla ist bedroht. In Bagdad herrscht große Unruhe. Die Rebellen versuchen, die Stadt zu umzingeln. Die Eisenbahnlinie wurde an verschiedenen Punkten besetzt. Die Verbindungen mit Persien sind unterbrochen. Man befürchtet neue Kundgebungen.

Deutschland.

Die Unruhen in Oberschlesien.

* **Kattowitz, 18. Aug.** Ein von der interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln über die gestrigen Vorgänge gegebene Darstellung besagt u. a.: Den Anlaß zu dem Vorgehen der Kavallerie bot die Verwendung zweier Jäger durch die Menge. Der Sicherheitspolizei war es gelungen, die beiden Jäger zurückzubringen, von denen der eine einen Kopfschuß aufweist. Rittmeister L'Allane, der ebenfalls den bedrängten Jägern zu Hilfe kommen wollte, wäre ein Haar von der wütenden Menge gelincht worden. Inzwischen drängten die Massen die Soldaten und die Sicherheitswehr immer mehr an das Haus der interalliierten Kommission. Plötzlich fiel aus einem Haus gegenüber ein Schuß. Kurz darauf wurde eine Handgranate aus derselben Richtung geworfen. Darauf feuerte der Posten vor dem interalliierten Gebäude aus eigener Initiative einige Schüsse ab. Es entstand zwar eine kleine Panik, doch lehrte die Menge bald wieder vor das Haus der Kommission zurück. Der Sanitätsrat Dr. Milecki, der in Gegenwart des Majors Nichtberg drei Verwundete verband, wurde von der fanatisierenden Menge angefallen und erschlagen. In späterer Nacht wurde staute sich eine riesige Menschenmenge vor dem Hause der Kommission. In Laufe der Nacht wurde wiederholt aus den gegenüberliegenden Häusern auf das Gebäude der Kommission geschossen. Auch Sprengstoffe wurden benutzt, die aber wirkungslos explodierten. Inzwischen kam die Nachricht, daß der Posten am Bahnhof (20 Mann) heftig angegriffen wurde und bereits einen Toten und einen Verwundeten hatte. Daraufhin ging eine Kompanie zur Hilfeleistung nach dem Bahnhof ab. Sie wurde aber auf dem Wege dorthin von einem wahren Trommelfeuer von Handgranaten und Gewehr- schüssen überschüttet. Erst mit dem Morgengrauen nahm die Schießerei ein Ende. Auf Seiten der alliierten Truppen sind an Verlusten zu verzeichnen: 2 Tote und 1 schwerverletzter Soldat, sowie 6 leichter Verletzte.

* **Beuthen, 18. Aug.** Nach einer Meldung der „Ost. Ap.“ aus Kattowitz ist die ungeheure Spannung des heftigen nachmittags abermals zur Entladung gekommen. Gegen 6 Uhr nachmittags hatte sich vor dem Hotel „Deutsches Haus“, dem Sitz des polnischen Plebiszitkommissariats, eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die dort ein großes Waffenlager vermutete und dessen Auslieferung forderte.

Als ein Lastautomobil mit Sicherheitspolizei erschien, die die Menge zerstreuen wollte, wurde plötzlich aus dem Haus das Feuer eröffnet. Die Straße war sofort leer; jeder Passant war bedroht. Als einige junge Leute mit Gewehren und Handgranaten erschienen, entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Gegen 8 Uhr brach in den unteren Räumen Feuer aus. Der Brand dauert an. Von den Besatzungstruppen wurde nichts zur Wiederherstellung der Ordnung getan. Im Keller explodierten Munitionsvorräte. Gegen 9 Uhr ergab sich die Besatzung. Die letzte Phase des Gefechts wurde von Sicherheitspolizei und Zivilisten geführt. 7 Personen sind zurzeit festgenommen. Die Stadt ist sonst ruhig. Die Bevölkerung ist trotz des Belagerungszustands auf der Straße. Die Besatzungstruppen werden in den Kasernen gehalten. Seit 9 Uhr abends ist die Verbindung mit Kattowitz unterbrochen.

Kattowitz, 18. Aug. Die polnische Presse von Oberschlesien fordert die Ausweisung der landfremden Leiter der deutschen Zeitungen, der Redner in den Volksversammlungen und der Veranstalter der gestrigen Unternehmungen, ferner die Ausweisung sämtlicher in den letzten zwei Jahren zugezogenen Deutschen, sofortige Auflösung der Sicherheitswehr und der deutsch orientierten Feuerwehren, Entfernung und Bestrafung der am Streik beteiligten Eisenbahn- und Postbeamten, sowie Einziehung von alliierten oder polnischen Kontrolluren bei den Eisenbahn- und Postbetrieben.

* **Berlin, 19. Aug.** Zu den Unruhen in Kattowitz wird in der „Tägl. Ndsch.“ gesagt: Daß es jetzt dahin gekommen ist, mag gewiß bei unserer so ohnehin schwierigen Lage, die neue Konflikte von außenpolitischer Tragweite kaum noch erträgt, zu beklagen sein, aber andererseits zeugen diese Ausbrüche nationaler Leidenschaft von der Stärke eines gesunden Willens, der Gewähr dafür gibt, daß Oberschlesien bei der Abstimmung Deutschland nicht abtrünnig werden wird.

Zugeständnisse im Steuerabzug.

Berlin, 18. Aug. Eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der drei Metallarbeiterverbände und Vertretern des Arbeitgeberverbands der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, erreichte in mehrtägigen Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und durch Vespredung der Frage im 5. (volkswirtschaftlichen) Ausschuß des Reichstages eine wesentliche Erleichterung in der Handhabung des Steuerabzugs. Im wesentlichen sollen die Verdienste aus Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit vom Steuerabzug befreit bleiben. Ferner sollen für den Abzug die Einkommen durchgestaffelt werden, d. h.: Uebersteigt der abzugspflichtige Einkommensanteil 15 000 M., so werden von 15 000 M. 10 Prozent und erst von dem überschüssenden Teil 15 Prozent abgezogen werden. Die näheren Ausführungsbestimmungen werden durch das Reichsfinanzministerium noch veröffentlicht werden. — Die gleiche Kommission wurde auch wegen der Frage der Verbesserung und Vereinfachung der Ernährung und Bekleidung beim Reichsarbeitsministerium, beim Reichswirtschaftsministerium und beim Ernährungsminister vorstellig und erzielte auch dort Zugeständnisse.

Reichsminister Dr. Koch fordert zur Arbeit auf.

Ludwigshafen, 17. Aug. Ueber den gestrigen Besuch des Reichsministers Dr. Koch in Ludwigshafen meldet die „Neue Badische Landesztg.“: Syndikus Dr. Kahn von der Handelskammer Ludwigshafen brachte eingehend die Wünsche der pfälzischen Industrie und Handelswelt und Stadtrat Schwämminger (U.S.P.D.) als Vertreter der Arbeiterschaft eine ganze Reihe von Klagen vor. Reichsminister Dr. Koch erwiderte, hauptsächlich sei darauf zu achten, daß die Produktion so gut und so viel produziert werde, wie vor dem Kriege. Wenn eine andere Wirtschaftsteilung mehr leiste, als die jetzige, werde man dazu übergehen. Unter den vorgebrachten Wünschen stehe die Ernährungsfrage oberan. Den Bauern könne man aber nicht vorschreiben, was sie anbauen sollen; das müsse ihnen der Boden vorschreiben. Sehr wichtig sei die Steuerfrage. Es ginge nicht an, daß die Arbeiter keine Steuer bezahlten. Vermögen würden mit 60 und 70 Proz. herangezogen, die Kriegsvermögen sogar mit 95 Prozent. In einem Deutschland, das solche Lasten zu tragen habe, gebe es nur eine Möglichkeit, nämlich sozial Steuern zu zahlen als möglich, um den Staatsbankrott zu verhindern. Ein Staatsbankrott würde die Versicherungsanstalten, die Sparkassen und die ganze Wirtschaft sprengen. Die Pflege des Sports, der Leibesübungen, des Gesites und des Gemüts müsse man sich angelegen sein lassen. — Nach der Versammlung nahmen der Reichsminister und seine Begleiter eine Besichtigung der Ludwigshafener Hafeneinrichtungen vor.

Wiedererstein der geschäftsführenden Schifffahrt.

Bremen, 18. Aug. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Schiffsvereins trat unter dem Vorsitz des früheren Großherzogs von Oldenburg gestern hier zu einer Sitzung zusammen. Er nahm davon Kenntnis, daß die durch die Opferfreudigkeit der Vereinsmitglieder beschafften Schulschiffe „Prinz Eitel Friedrich“ und „Großherzog August“ an die Entente ausgeliefert werden müßten. So schwer der Verein durch den Verlust dieser beiden Schiffe getroffen wird, so sieht er darin doch einen Ansporn, im Zusammenhang mit dem Wiedererstein der deutschen Schifffahrt seine bisherigen Aufgaben um so bewusster weiter zu verfolgen. Die zur Zeit nicht übersehbare Lage der deutschen Seeschifffahrt und die gegenwärtige Lage der Kapitäne und Handelschiff-Offiziere veranlaßten den geschäftsführenden Ausschuß, die Frage des Neubaus von Schulschiffen an Stelle der abgegebenen Schiffe zu verlagen.

Schiffverkehr mit Amerika.

Bremen, 18. Aug. Der amerikanische Dampfer „Susquehanna“ ist unter der Reedereiflagge der in New York jüngst gegründeten United States Mail Steamship Company heute in Bremerhaven eingelaufen. Der Dampfer wird nach Danzig weitergehen und auch, heimkehrend, die Weser anlaufen. Damit ist die Wiederaufnahme eines regelmäßigen Passagier- und Fracht-

